

Nr. 12/880

Unnötige Belastung der bremischen Haushalte durch eine schleppende Umverteilung von Asylbewerbern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 23. Januar 1990
(Drucksache 12/772)

Der Antrag wird zurückgezogen.

Nr. 12/881

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Gesetz zur Änderung des Bremischen Wassergesetzes
Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 19. März 1990
(Drucksache 12/817)
— ausgesetzt bis zu den November-Sitzungen —
2. Situation der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes in der Freien Hansestadt Bremen
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 28. Mai 1990
(Drucksache 12/881)
3. Bericht über die Situation von Familien im Lande Bremen (1. Bremer Familienbericht)
Mitteilung des Senats vom 12. Juni 1990
(Drucksache 12/905)
4. Gesetz über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub im Lande Bremen (Bremisches Landeserziehungsgeldgesetz — BremLerzGG —)
Antrag der Fraktion der CDU
vom 27. August 1990
(Drucksache 12/941)

Nr. 12/882

Fragestunde

1. Güterverkehr
Anfrage der Abgeordneten Hettling, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 2. Juli 1990
2. Substitutionsbehandlung mit Methadon
Anfrage der Abgeordneten Stiering, Elke Steinhöfel, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 2. Juli 1990

3. Ordnungsmittel zum Erwerb eines mittleren Bildungsabschlusses
Anfrage der Abgeordneten Jungclaus, Jäger und Fraktion der FDP vom 13. Juli 1990
 4. In Sachen Herrn Galla
Anfrage des Abgeordneten Altermann (DVU) vom 13. Juli 1990
 5. Amtseid
Anfrage des Abgeordneten Altermann (DVU) vom 24. Juli 1990
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
6. Leuchter-Gutachten
Anfrage des Abgeordneten Altermann (DVU) vom 24. Juli 1990
- Die Anfrage wird zurückgezogen.
7. Albanische Asylanten
Anfrage des Abgeordneten Altermann (DVU) vom 24. Juli 1990
 8. Asylmißbrauch
Anfrage des Abgeordneten Altermann (DVU) vom 24. Juli 1990
 9. Ostdeutschland
Anfrage des Abgeordneten Altermann (DVU) vom 24. Juli 1990
 10. Polnische Asylbewerber
Anfrage des Abgeordneten Altermann (DVU) vom 26. Juli 1990
 11. Pestizideinsatz in Grundwasserschutzzonen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hackstein (GRÜNE) vom 30. Juli 1990
 12. Mögliche Schäden durch Nitrotriacetat-haltige Waschmittel
Anfrage der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hackstein (GRÜNE) vom 30. Juli 1990
 13. Rechtsradikal
Anfrage des Abgeordneten Altermann (DVU) vom 16. August 1990
 14. Handelszentrum weiterhin in Bremerhaven?
Anfrage des Abgeordneten Schramm (GRÜNE) vom 24. August 1990
 15. Gesundheitliche Gefahren beim Sonnenbaden durch Bräunungsgeräte
Anfrage der Abgeordneten Töpfer, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 27. August 1990
 16. Auswirkungen der Verkürzung des Zivildienstes
Anfrage der Abgeordneten Roswitha Erlenwein, Kudella und Fraktion der CDU vom 27. August 1990
 17. Weitere Nutzung der Werkstätten der Ausbildungswerkstatt Bremen GmbH in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Ravens, Kudella und Fraktion der CDU vom 30. August 1990
 18. Bürokratische Hemmnisse bei Drittmittelvorhaben der Universität Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Schulte, Kudella und Fraktion der CDU vom 3. September 1990

19. Gebietsinteressen der Stadtgemeinde Bremen in Bremerhaven
Anfrage des Abgeordneten Schramm (GRÜNE) vom 5. September 1990

20. Anschreiben der BEK zu Roma und Sinti
Anfrage des Abgeordneten Altermann (DVU) vom 5. September 1990

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

21. Versorgung von SPD-Abgeordneten
Anfrage der Abgeordneten Klein, Kudella und Fraktion der CDU vom 6. September 1990

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 12/883

Aktuelle Stunde

Das von der Fraktion der CDU beantragte Thema „Die Herstellung der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990“ wird zurückgezogen.

Nr. 12/884

Programm zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen des Landes Bremen mit der DDR

Mitteilung des Senats vom 28. August 1990
(Drucksache 12/946)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 12/885

Veränderung der wirtschafts-, finanz-, sozial- und ökologiepolitischen Situation im Land Bremen durch die Entwicklung in Osteuropa

Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 28. März 1990
(Drucksache 12/833)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der mündlichen Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 12/886

Bremisches DDR-Aktionsprogramm

Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. Mai 1990
(Drucksache 12/867)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 12/887

Hauptstadt Berlin

Antrag der Fraktion der FDP
vom 26. Juli 1990
(Drucksache 12/930)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 12/888

§ 218 StGB im Einigungsvertrag

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 28. August 1990
(Drucksache 12/944)

Der Antrag wird zurückgezogen.

Nr. 12/889

§ 218 StGB

Antrag (EntschlieÙung) der Fraktion der FDP
vom 10. September 1990
(Drucksache 12/959)

D a z u

§ 218

Antrag (EntschlieÙung) von Abgeordneten der Fraktion der FDP
vom 12. September 1990
(Drucksache 12/971)

u n d

§ 218

Antrag (EntschlieÙung) der Fraktion der CDU
vom 12. September 1990
(Drucksache 12/972)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die EntschlieÙungsanträge Drucksachen 12/959 und 12/972 ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem EntschlieÙungsantrag Drucksache 12/971 in geänderter Fassung wie folgt zu:

- „1. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, daß das künftige gesamtdeutsche Parlament eine einheitliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs als vordringliche Aufgabe in Angriff nimmt und die im Einigungsvertrag vorgesehene Übergangsfrist von zwei Jahren nicht ausschöpft.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, daß die Frage des Schwangerschaftsabbruchs grundlegende ethische und rechtliche Probleme aufwirft, bei deren rechtlicher Regelung die einzelnen Abgeordneten ausschließlich ihrer Gewissensentscheidung unterliegen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, daß das Strafrecht ein untaugliches Mittel zum Schutz des ungeborenen Lebens ist. Bei der erforderlichen Rechtsgüterabwägung kommt dem Selbstbestimmungsrecht der Frau eine herausragende Bedeutung zu.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, den Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten drei Monate straffrei zu lassen. Dem Schutz des ungeborenen Lebens wird am besten durch eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft entsprochen. Die dafür notwendigen Rahmenbedingungen sind zu verbessern. Hierzu gehört auch eine bessere Aufklärung über Sexualität und Familienplanung.

Die Schwangere erhält einen Rechtsanspruch auf umfassende und anonyme Beratung.

5. Erarbeitung einer EntschlieÙung im ParlamentsausschuÙ ‚Deutsche Einheit‘ noch in diesem Jahr.“

Nr. 12/890

Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN

vom 10. September 1990

(Drucksache 12/965)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Faint, illegible text at the top of the page, possibly a header or introductory paragraph.

100-123456
Faint, illegible text in the middle section of the page.





